

# St. Gallen 1980

Autor(en): **Hummler, Alfred**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gallus-Stadt : Jahrbuch der Stadt St. Gallen**

Band (Jahr): - **(1981)**

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-948508>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

---

## St.Gallen nach 1980

Wenn hier der Versuch unternommen wird, aufgrund der Erfahrungen von 13 Jahren politischer Tätigkeit im Dienst der Stadt mögliche Weiterentwicklungen St.Gallens aufzuzeigen, so müssen natürlich die allgemeinen Entwicklungen der schweizerischen und europäischen Bevölkerung, der Technik, der Weltwirtschaft, des Bildungsstandes als Rahmenbedingungen mitberücksichtigt werden. Aber wir müssen dabei voraussetzen, dass diese Gesamtentwicklungen, die ohnehin sicher noch zahlreiche Überraschungen verbergen, wenigstens ohne grössere kriegerische oder revolutionäre Umwälzungen ablaufen, sonst hätte jede Planung ihren Sinn verloren. Wenn man sich mit der Geschichte unserer Stadt oder mit ihren Zukunftsaussichten befasst, so ist es leider einfach nicht möglich, über den in diesem Jahrbuch schon bis zum Überdross erwähnten Umstand hinwegzusehen, dass St.Gallen an einer Stelle entstanden ist, wo Gallus ein Leben in Einsamkeit suchte. Nach einer englischen Quelle, die im wissenschaftlichen Bestand der Stiftsbibliothek vorhanden ist, soll es ihm vor allem der Forellenreichtum im Becken unterhalb des Steinachfalls angetan haben, ein natürlicher Vorzug, dessen St.Gallen inzwischen verlustig gegangen ist.

Unseren Vorfahren ist es gelungen, der relativen Ungunst des Standorts zum Trotz, angelehnt an die geistig hochstehende Klostersgemeinschaft, eine blühende Stadt aufzubauen. Blütezeiten und Perioden der Depression waren kaum je direkte Folge des Standorts, sondern immer das Resultat besonderer geistiger Regsamkeit oder umgekehrt einer mangelnden Anpassungsfähigkeit an neue geistige, politische, technische oder wirtschaftliche Weltsituationen. Auch für eine blühende Zukunft der Stadt werden daher diese geistige Regsamkeit und die

Anpassungsfähigkeit von Bürgerschaft, Behörden und Wirtschaft an wechselnde Lagen gefördert werden müssen. Das heisst nichts anderes, als dass das erste Erfordernis einer günstigen Stadtentwicklung die Pflege der Qualität von Bildung und Erziehung ist und die Aufrechterhaltung wenn nicht Vermehrung des heute bestehenden, überaus vielfältigen Bildungsangebots. Dabei lehne ich es allerdings ab, von einer Schulstadt St.Gallen zu sprechen, denn es ist keineswegs so, dass die städtische Wirtschaft hauptsächlich etwa auf den Einkünften aus dem Betrieb kantonaler, eidgenössischer oder privater Schulen beruhen würde. Die st.gallische Wirtschaft und unsere Steuerzahler bringen im Interesse einer umfassenden Nachwuchsförderung vielmehr grosse Opfer, die auch dem Kanton und einer weitem ostschweizerischen Region ganz wesentliche Vorteile bringen.

### *Vielfältiges Bildungsangebot*

Wie sieht dieses vielfältige Bildungsangebot, das sich dem Lernbeflissenen in unserer Stadt darbietet, eigentlich aus? Ich kann bei meiner wahrscheinlich unvollständigen Aufzählung die Volksschulstufe grundsätzlich übergehen, da es sich bei der Primar- und Sekundarschule ja um Pflichtaufgaben der Gemeinden aufgrund der kantonalen Erziehungsgesetzgebung handelt. Immerhin wäre zu erwähnen, dass in St.Gallen das Sonderschulwesen vom Sprachheilkindergarten bis zu den Arbeitsklassen besonders gut ausgebaut ist, dass mit den freiwilligen Handarbeitskursen und dem erweiterten Musikunterricht (Jugendmusikschule) der praktische und musische Bildungsbereich sorgfältig gepflegt wird und dass mit der Berufswahlschule für Töchter und der Werk- und Berufswahlschule für Knaben ein autonomer Abschlussklassenversuch unternommen wurde, der ebensoviel Erfolg versprach wie das kantonale Oberstufenmodell. In unserm Zusammenhang interessanter ist aber das grosse Angebot an weiterführenden Bildungsgelegenheiten, wobei zu unterscheiden ist zwischen den Schulen, die von der Stadt, allenfalls mit Beiträgen des Kantons, geführt werden, Schulen, die im Aufgabenbereich des Kantons liegen, und

schliesslich Schulen, die als Institutionen sozialer oder wirtschaftlicher Organisationen oder als private Unternehmungen mit und ohne Beiträge der öffentlichen Hand spezielle Marktlücken im Bildungswesen ausfüllen.

Zu dieser letzten Gruppe gehören eine Anzahl privater Handels- und Sprachschulen, aber auch die Rudolf-Steiner-Schule und das bis zur Maturität führende Institut auf dem Rosenberg. Von gemeinnützigen Organisationen geführt werden unter anderem die Krankenschwestern- und Pflegerinnenschulen, die Taubstummen- und Sprachheilschule, eine Heilpädagogische Schule, eine Maturitätsschule für Erwachsene. Ein besonders breites Bildungsangebot vermittelt die Klubschule Migros, vor allem im Sinne des lustbetonten Lernens für Erwachsene. Während die Schweizerische Schule für Photogrammetrie-Operateure und die Schweizerische Müllerei-Fachschule auf die besondern Bedürfnisse wichtiger st.gallischer Exportfirmen zugeschnitten sind, dienen das Abendtechnikum mit Abschluss als Ing. HTL, die Zentralstelle für berufliche Weiterbildung und die Schweizerischen Schulen für Textilfachausbildung den verschiedenen Zweigen von Gewerbe und Industrie als wertvolle Ausbildungsstätten für qualifizierte Arbeitskräfte und Kaderleute.

Die erste Stufe der weiterführenden Schulen auf dem Weg der Berufsausbildung ist besetzt durch die Berufs- und Frauenfachschule, die gewerbliche Berufsschule – beide geführt durch die städtische Schulverwaltung, finanziert durch Schulgelder, Lehrortsbeiträge, einen Standortbeitrag der Stadt und Subventionen von Bund und Kanton – und die Handelsschule des Kaufmännischen Vereins (private Trägerschaft, subventioniert durch Stadt, Kanton und Bund). Innerhalb der gewerblichen Berufsschule ist die Berufsmittelschule in erster Linie für künftige Absolventen von Techniken gedacht, während die vom KV geführte Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule HWV bereits eine Art Technikumsstufe für kaufmännische Betriebsfachleute und Verwaltungsbeamte darstellt. Andere städtische Schulen weiterführenden oder berufsbildenden Charakters sind die Töcherschule Talhof mit Seminar- und Handelsabteilung und das Kindergärtnerinnenseminar, letzteres

aus historischen Gründen bei der Stadt, aber aufgrund des Kindergartengesetzes weitestgehend vom Kanton finanziert. Eine kantonale Vorschule für qualifizierte Berufe im Bereich des Transportwesens (Bahn, Post, Zoll, Flugverkehr, Spedition) ist die Verkehrsschule, die in den ersten Jahren nach der Gründung sogar mit der damaligen Handelsakademie zusammenhing.

Den eigentlichen kantonalen Schulbereich in der Stadt bilden die Kantonsschule mit den Abteilungen Gymnasium, Oberrealschule, Wirtschaftsgymnasium und Diplomhandelschule, das allerdings nächstens nach Gossau zügelnde Arbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnenseminar, die Sekundarlehramtsschule und die Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die bis 1976 von Stadt und Kanton gemeinsam getragen wurde, in welchem Moment die gemeinsame Trägerschaft aufgelöst und durch einen städtischen Standortbeitrag von gegenwärtig noch 30% der dem Kanton nach Abzug des Bundesbeitrages verbleibenden Kosten ersetzt wurde.

Während man in der Bildungspolitik von der Illusion der absoluten Chancengleichheit mehr und mehr abrückt, kann mit Fug und Recht behauptet werden, dass die reichbestückte Palette des St.Galler Bildungsangebots zu einer Chancenvielfalt führt, die unserer Jugend weit mehr Möglichkeiten öffnet als eine nie ganz erreichbare Gleichheit.

Wie wir unserer Wanderungsstatistik leider entnehmen müssen, hat das ausgezeichnete Schulwesen aber auch zur Folge, dass immer noch übermässig viele junge St.Galler in die wirtschaftlich aktivsten Gegenden der Schweiz abwandern. Daraus sind nun folgende Schlüsse zu ziehen:

1. Das breite Bildungsangebot ist umfangmässig und in seiner Qualität mindestens aufrechtzuerhalten. Verbesserungen sind möglich und anzustreben: durch die vermehrte Berücksichtigung musischer Fächer in allen Bildungsbereichen, durch die endgültige Verankerung der Sekundarlehramtsschule als Pädagogische Fachhochschule auf Hochschulebene, durch den vollen Ausbau der Juristischen Fakultät an der Hochschule, durch die Errichtung einer medizinischen Akademie in Verbindung mit dem Kantonsspital.

2. Da auch die sehr beträchtlichen Bildungsausgaben letztlich von der Wirtschaft getragen werden, können sie auf die Dauer nur gerechtfertigt werden, wenn in Zukunft weniger junge St.Galler abwandern und mehr an ihrem Ausbildungsniveau entsprechenden Arbeitsplätzen in Stadt und Region Beschäftigung finden.

### *Grossräumigere Wirtschaftsförderung*

Nun ist es wegen der eingangs erwähnten Standortungunst (Topographie) gar nicht möglich, auf städtischem Gebiet eine ausreichende Anzahl qualifizierter Arbeitsplätze für gewerblich-industrielle Berufe bereitzustellen. Angesichts des akuten Mangels an ebenem Boden, der sich für grössere Industriebauten eignen würde, ist die Rahmenvorstellung des städtischen Leitbilds (90 000 Einwohner – 50 000 Arbeitsplätze – wenig Pendler) nur dann realistisch, wenn die Arbeitsplätze vor allem in Dienstleistungsbetrieben (Banken, Versicherungen, Anwaltsbüros, Treuhandgesellschaften, Architektur- und Ingenieurbüros, Gross- und Detailhandelsfirmen, Gastwirtschaftsbetrieben, Speditions- und Reiseunternehmen etc.) bereitgestellt werden können. Solche Dienstleistungsbetriebe werden aber in St.Gallen nur dann in grösserer Zahl gedeihen können, wenn im weitem wirtschaftlichen Einflussbereich der Stadt sehr zahlreiche gutgeführte Industriefirmen als Kunden der zentralörtlichen Dienstleistungsbetriebe vorhanden sind. Die städtische Wirtschaftsförderungspolitik kann sich daher nicht darauf beschränken, die eine oder andere Unternehmung für eine Ansiedlung in der Stadt zu gewinnen. Wir haben auch in dieser Hinsicht zu lernen, vermehrt über die Stadtgrenzen hinauszudenken, und unsern Nachbarn allenfalls behilflich zu sein, flächenaufwendigere Industriegebiete, die auf städtischem Boden ohnehin keinen Platz fänden, in ihrer Gemeinde anzusiedeln, sofern dort verkehrs- und siedlungsmässig dafür bessere Voraussetzungen bestehen. Eine solche zukunftsgerichtete Förderungspolitik, die dank der engen Zusammenarbeit zwischen der städtischen Stabsstelle für Wirtschaftsförderung und dem kantonalen Industrie- und Gewerbeamt (Kiga)

gut möglich ist, müsste auch zu einem allmählichen Abbau längst überholter Vorurteile der Regionsgemeinden gegenüber der «allesfressenden» Stadt führen. Zudem könnte sie die Erreichung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Arbeits- und Wohnplätzen, den Abbau des belastenden Pendlerverkehrs und die Erhaltung der Wohnlichkeit der Stadt durchaus fördern.

### *Lebensgerechte Grösse der Stadt*

In diesem Zusammenhang möchte ich versuchen, eine Frage zu beantworten, die mir schon verschiedentlich gestellt worden ist und deren Beantwortung gleichzeitig Zielsetzungen für die zukünftige Entwicklungspolitik St. Gallens beinhalten könnte. Es geht um die Frage der optimalen Grösse der Stadt. Dabei ist hier für einmal nicht in erster Linie von den geographischen Gegebenheiten auszugehen, die allerdings gerade in St. Gallen mit seinen Schluchten und Flusstälern, der reichgegliederten Hügellandschaft und der ausgedehnten Bewaldung am Sittergraben und hinauf gegen die Eggen eine bestimmende Rolle spielen.

Ein Bürger, der die Wahl hat, auf dem Land oder in der Stadt zu wohnen, wird die Stadt wählen, wenn er besonders Wert auf die unmittelbare Nähe bzw. leichte Erreichbarkeit der hauptsächlichsten zentralörtlichen Einrichtungen und den engen Kontakt mit einer grossen Zahl interessanter Gesprächspartner legt. Diese Stadt wird also die guten Schulen bis zur Universität anbieten müssen, von denen am Anfang dieses Aufsatzes die Rede war. Sie wird mit Spitälern, Kliniken und Spezialärzten gut ausgestattet sein müssen. Sie wird in Theater, Konzerten, Museen, Kunstausstellungen, Vortragszyklen weitere Bildungs- und Unterhaltungsmöglichkeiten bieten müssen. Ihre Sportanlagen werden vielfältigen und modernen Ansprüchen zu genügen haben. Vor allem aber muss die Versorgung nicht nur mit den Waren des täglichen, sondern auch mit Gütern des periodischen und gehobenen Bedarfs am Ort selber, in Einkaufszentren und Spezialgeschäften dauernd und mit nur unbedeutenden Transportwegen möglich sein. Auch innerhalb der Stadt sollten die Distanzen zwischen den Arbeitsplätzen und

den bevorzugten Wohnquartieren nicht zu gross sein. Es ist hierzulande noch nicht üblich, «joggend» ins Büro zu eilen.

*Mehr Solidarität der ganzen Ostschweiz  
für die Stadt St. Gallen*

In St. Gallen sind die meisten der genannten Voraussetzungen für eine grössere Attraktivität des städtischen Lebens vorhanden. Indessen ist bei den nicht selbsttragenden Institutionen der städtische Kostenbeitrag so gross, dass er fühlbar auf die Steuerbelastung durchschlägt. Ohne namhafte Finanzhilfe von aussen müsste St. Gallen, um das gleiche Dienstleistungsangebot bei einem Steuerfuss, der das kantonale Mittel nicht übersteigen würde, bieten zu können, ganz wesentlich grösser sein. Eine Bevölkerungszahl, die massgeblich über die im Leitbild genannten und in der Zonen- und Versorgungsplanung berücksichtigten 90 000 Einwohner hinausginge, müsste aber den Wohnwert St. Gallens von der Bevölkerungsdichte und der Siedlungsstruktur her gesehen mehr beeinträchtigen, als der voraussichtliche Gewinn bei der Steuerbelastung ausmachen könnte. Es liegt auch nicht im Interesse des kantonalen Gleichgewichts, dass die Hauptstadt eine rücksichtslose Expansionspolitik betreibt. Andererseits ist der Kanton auf eine attraktive Hauptstadt angewiesen, wenn er seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Bedeutung innerhalb der Eidgenossenschaft halten oder noch ausbauen will. Im weitern Sinn gilt dies übrigens für die ganze Ostschweiz, die auf ein wirtschaftlich und kulturell eigenständiges Hauptzentrum östlich von Zürich angewiesen ist, weil anders die Wanderungsbewegung gegen Westen nicht aufzuhalten ist.

Will man also die der gesamten Region nützenden Dienstleistungen quantitativ und qualitativ wie bisher anbieten und noch ausbauen, die Stadt St. Gallen aber gleichzeitig auf lebensgerechter – und ich möchte beifügen liebenswürdiger – Grösse festhalten, so ist das durchaus möglich, wenn diejenigen Institute, die nachweislich in hohem Masse auch von der Bevölkerung ausserhalb der Stadt beansprucht werden, in angemessener Weise auch aus dem grösseren Raum finanziert werden.



Dazu zwei zahlenmässig belegte Hinweise: In der Spielzeit 1979/80 des Stadttheaters wurden 30% der Einzelabonnemente von Theaterbesuchern aus der Stadt, 48% von Einwohnern anderer st.gallischer Gemeinden und 22% von Besuchern aus den Kantonen Thurgau, Appenzell und von weiterher gelöst.

Die Petition zugunsten der Errichtung eines sogenannten Jugendkulturzentrums mit rund 4000 Unterschriften wurde von 40% Petenten aus der Stadt und 60% aus der nähern und weitem Umgebung unterzeichnet.

Wenn man berücksichtigt, dass immer noch mehr als ein Viertel des st.gallischen Staatssteueraufkommens aus der Stadt stammt, und wenn man weiterhin voraussetzt, dass in der Stadt kaum je über einen angemessenen Standortbeitrag diskutiert wird, wo er gerechtfertigt erscheint, so sollte eigentlich eine räumlich umfassendere Gesamtpolitik nicht so schwer zu verwirklichen sein, umso mehr, als die Beiträge, die zur Diskussion stehen, wenigstens ausserhalb des städtischen Haushaltes mehr politisch-psychologisches als finanzielles Gewicht haben.

Im Zusammenhang mit der unvermeidlichen Neuordnung des kantonalen Finanzausgleichs sind deshalb die städtischen Leistungen im Spitalwesen, im Schulwesen und bei den kulturellen Institutionen zu überprüfen und wo nötig auf das gerechtfertigte oder zumutbare Mass zu reduzieren. Im Spitalwesen betrifft dies das Ausmass der Beteiligung am Betriebsdefizit des Ostschweizerischen Kinder- und Säuglingsspitals, im Schulwesen vor allem die Höhe des Standortbeitrags an die Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und bei den Kulturinstituten die Entlastung der Stadt durch höhere regionale Beiträge, bei gleichzeitig mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten durch die nichtstädtischen Mitträger.

Verschiedene Kantone bearbeiten gegenwärtig ganz ähnliche, offenbar im unausweichlichen Zug der Zeit liegende Probleme mit ihren Hauptstädten. Es wäre höchst erfreulich und für die Entwicklung des Kantons St.Gallen und des grösseren ostschweizerischen Raumes sehr förderlich, wenn die anfangs erwähnte, dem St.Galler eigene geistige Regsamkeit schneller als anderswo zu grosszügigen Lösungen im Sinne der skizzierten Gesamtpolitik führen würde. Dies könnte meine Nachfol-

ger im Amt des Stadtammanns von vielen Sorgen befreien und ihnen mehr Zeit für die Bewältigung der Probleme einräumen, die auf alle Fälle von der Stadt allein und auch in Zukunft aus eigener Kraft zu lösen sein werden.

*Dr. Alfred Hummler, Stadtammann*